

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Die doppelte Staatsgründung 1945-1949

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Die doppelte Staatsgründung 1945–1949

von Ulrich Weisler



© picture-alliance.com

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs übernahmen die Alliierten die militärische Befehlsgewalt in Deutschland. Die Besatzer konnten sich aber auf den Konferenzen von Teheran und Jalta nur bedingt auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die Differenzen zwischen den westlichen Besatzern und der UdSSR traten rasch zutage.

Diesem Prozess unterzogen die Schüler in dieser Einheit mit zahlreichen Primärquellen, um zu verstehen, wie sich die Teilung Deutschlands mit der Konsolidierung der beiden Regierungen von BRD und DDR allmählich abzeichnete.

RAABE
LEARNING

Die doppelte Staatsgründung 1945–1949

von Ulrich Winkler



© picture-alliance/dpa

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges übernahmen die Alliierten die militärische Befehlsgewalt in Deutschland. Die Besatzer konnten sich aber auf den Konferenzen von Teheran und Jalta nur bedingt auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die Differenzen zwischen den westlichen Besatzern und der UdSSR traten rasch zutage.

Diesen Prozess untersuchen die Schüler in dieser Einheit mit zahlreichen Primärquellen, um zu verstehen, wie sich die Trennung Deutschlands mit der Konsolidierung der beiden Regierungen von BRD und DDR allmählich abzeichnete.

Die doppelte Staatsgründung 1945–1949

von Ulrich Winkler

1	Fachwissenschaftliche Hinweise	1
1.1	Alliierte Besatzungspolitik	1
1.2	Entwicklung der politischen Parteien	2
1.3	Zerwürfnis und Spaltung der Siegermächte	3
1.4	Die Entstehung zweier deutscher Staaten	4
2	Didaktisch-methodische Hinweise	6
3	Literatur und Medien	7
4	Materialien und Arbeitsaufträge	9
4.1	Alliierte Besatzungspolitik	9
4.2	Entwicklung der politischen Parteien	21
4.3	Zerwürfnis und Spaltung der Siegermächte	30
4.4	Die Entstehung zweier deutscher Staaten	43
4.5	Klausurvorschlag	55
5	Lösungsvorschläge	57

Die Schüler lernen:

Primärquellen (Texte, Karikaturen, Karten) sachgerecht und problemorientiert auszuwerten und zu analysieren; unterschiedliche Sichtweisen eines Sachverhaltes, Kommentare und Bewertungen zu vergleichen und auf ihre Beweggründe zurückzuführen; die erworbenen Fachkenntnisse eigenständig und adäquat zu ergänzen und in verschiedenen Formaten zu präsentieren.

Überblick:

Legende der Abkürzungen:

BA Bildanalyse

DA Datenauswertung

ER Eigenständige Recherche

KA Kartenarbeit

QV Quellenvergleich

PW Perspektivwechsel

R Recherche

TA Textarbeit

Thema	Material	Methode
Alliierte Besatzungspolitik	M 1–7	BA, KA, ER, PW, TA, R
Entwicklung der politischen Parteien	M 8–13	DA, KA, ER, QV, PW, TA, R
Zerwürfnis und Spaltung der Siegermächte	M 14–19	BA, ER, QV, PW, TA, R
Die Entstehung zweier deutscher Staaten	M 20–25	BA, QV, PW, TA
Klausur	M 26	PW, TA

Die doppelte Staatsgründung 1945–1949

1 Fachwissenschaftliche Hinweise

1.1 Alliierte Besatzungspolitik

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 übernahmen die siegreichen **Alliierten die militärische Befehlsgewalt** über das besetzte Deutschland (M 1). Auf den Kriegskonferenzen in **Teheran und Jalta** hatten sie sich nur auf einige Gemeinsamkeiten hinsichtlich der weiteren Zukunft des besetzten Deutschland einigen können. Daher traten relativ schnell Differenzen zwischen ihnen offen zutage. Am besten vorbereitet schien die UdSSR; Kommunisten aus dem Moskauer Exil wurden noch vor Kriegsende nach Berlin eingeflogen, um den Wiederaufbau im sozialistischen Sinne zu strukturieren. Um sich der Mitarbeit aller Gutwilligen zu vergewissern, sollte es demokratisch aussehen, aber die **kommunistische Kontrolle** war das Entscheidende: über Polizei und Sicherheitskräfte, Justiz, Landwirtschaft und Bildung (M 2).

So wurden zuerst in der **Sowjetischen Besatzungszone** (SBZ) Parteien wieder zugelassen, in einer **Bodenreform** Großgrundbesitzer enteignet und mit Beschlagnahmungen von Industrie- und Handelsbetrieben die Voraussetzungen für volkseigene, also staatliche Betriebe geschaffen. Zugleich aber bediente sich die UdSSR am stärksten von allen Siegermächten aus der deutschen Wirtschaft. Um die Zerstörungen daheim annähernd zu kompensieren, wurden **Betriebe demontiert**, in die Sowjetunion gebracht und dort **wieder aufgebaut**. Diese Reparationsleistungen auch auf das Ruhrgebiet ausdehnen zu können, war eine zentrale Forderung der Sowjetunion (M 4–M 6).

Die westlichen Besatzungsmächte rückten nur allmählich davon ab, ihre Zone als einen besiegt Feindstaat zu verwalten (M 3). Zum einen war es die **Politik der vollendeten Tatsachen** seitens der Sowjetunion, aber auch die desolatte Lage der **deutschen Wirtschaft**, die nicht die Bevölkerung und die Besatzungstruppen zugleich versorgen konnte. Die **Kosten der Besatzung zu minimieren**, war aber ein Hauptziel besonders der USA. Zudem gab es einen gewaltigen Zustrom von Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten (M 7), die ebenfalls untergebracht werden mussten. Der Wiederaufbau der zerstörten Industrieanlagen und Verkehrsinfrastruktur war nur mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Zonen möglich. Enteignungen wurden im **Westen** daher nicht vor-

genommen, eine Bodenreform gab es nicht. Aus dem besiegten Feindstaat wurde in Westdeutschland langsam ein ungeliebter, aber **unverzichtbarer Partner** im Wettbewerb der politischen Systeme.

1.2 Entwicklung der politischen Parteien

Da sich die **Kommunistischen Parteien** nirgendwo im Einflussbereich der UdSSR bei Wahlen als stärkste Kraft etablieren konnten und weit hinter den Sozialdemokraten rangierten, wurden diese auch in der SBZ nach alter kommunistischer Taktik gezwungen, **mit der KPD zu fusionieren**. Einerseits wurde zwar eine breite Einheit der Arbeiterklasse begrüßt, andererseits aber die KPD, die sich von allen Parteien als erste selbstständig etabliert hatte, durch die SMAD deutlich bevorzugt und galt bald als ihr verlängerter Arm. **SPD-Funktionäre**, die diesen Vorschlag unterstützten, wurden wie Otto Grotewohl (später 1. Ministerpräsident der DDR) **belohnt**, Gegner der Fusion hingegen kaltgestellt oder verfolgt. In Westdeutschland agitierte daher von Anfang an Kurt Schumacher gegen ein Zusammengehen mit der KPD. **Mit der SED-Gründung in der SBZ war die SPD als stärkste politische Kraft gespalten**. Derart geschwächt spielte sie als potenzielle gesamtdeutsche Klammer keine Rolle (M 9–M 12). Eine weitere Wirkung der Fusion von SPD und KPD war, dass vor allem die Briten ein Übergreifen der Kommunisten in ihrer Zone, besonders im Ruhrgebiet befürchteten und daher bald auf die Schaffung der **Bi-zone** hinsteuerten.

Während in der SBZ bürgerliche Parteien sich nur schwer gegenüber der SED behaupten konnten und bald im Demokratischen Block vereinnahmt wurden, gelang es der **CDU im Westen**, eine Vielzahl politischer und sozialer Elemente zu vereinigen und die Idee der „**Sozialen Marktwirtschaft**“ zur Basis ihres Erfolges zu machen (M 8, M 13). Der ehemalige Oberbürgermeister von Köln, **Konrad Adenauer**, stieg zur führenden Persönlichkeit der Partei auf und prägte mit der Formel: „Alles wird aus der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit entwickelt: Staat, soziales Leben, Wirtschaft, Kultur“ die Partei nachhaltig. Schon früh sah er die Unmöglichkeit einer gelingenden Kooperation von Westalliierten und Sowjetunion in Deutschland und war seither von der **Notwendigkeit einer Integration Deutschlands in Westeuropa** überzeugt, auch wenn dies eine Teilung Deutschlands bedeutete. Der CDU-Vorsitzende der Britischen Zone wurde 1948

Präsident des Parlamentarischen Rates und gestaltete somit entscheidend das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit.

1.3 Zerwürfnis und Spaltung der Siegermächte

Bereits 1944 waren **hochrangige Briten überzeugt**, dass nur eine **Teilung Deutschlands** in einen westlichen und einen östlichen Teil verhindern könne, dass sich die Sowjetunion nicht nur Deutschland, sondern sogar ganz Europa unterwerfe. Auch auf deutscher Seite konstatierte dies Konrad Adenauer bereits 1945, lange bevor dies zu einer verbreiteten politischen Einsicht wurde (M 14). Und die Entwicklung in der SBZ schien ihm recht zu geben. Die **SED konsolidierte mithilfe des SMAD ihre führende Position** und dachte zu keinem Zeitpunkt daran, die Macht zu teilen, geschweige sie wieder abzugeben (M 15).

Je weniger die deutsche Wirtschaft 1945/1946 Fuß fasste und je höher die Kosten für die Siegermächte in ihren Besatzungszonen ausfielen, desto wichtiger war es ihrer Ansicht nach, die **deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln**. Das wiederum **erforderte einen größeren Wirtschaftsraum**, die Zusammenlegung zumindest der britischen mit der amerikanischen Zone. Ab 1946 setzte sich aufgrund der Eingliederung Osteuropas in den sowjetischen Herrschaftsbereich durch die Etablierung von Volksdemokratien und die dortige Verfolgung Andersdenkender in der US-Administration die Politik durch, **getrennte Einflusssphären in Europa und Deutschland zu akzeptieren** sowie Westeuropa und Westdeutschland gegen alle Verlockungen des Sozialismus wirtschaftlich zu stabilisieren. Die Begründung der **Containment-Politik** lieferte der US-Außenminister Byrnes mit seiner **Stuttgarter Rede** (1946), diese wiederum stellte die Grundlage für **Truman-Doktrin** (März 1947) und **Marshallplanhilfe** (Juni 1947) dar (M 16, M 17). Auch Polen und die Tschechoslowakei wollten ursprünglich in den Kreis der Nehmerländer aufgenommen werden, doch dies widersprach den Interessen Moskaus, das ein Abbröckeln des sozialistischen Lagers verhinderte. Die **Londoner Außenministerkonferenz** im Dezember 1947 verdeutlichte endgültig, dass eine **Einigung** über eine gemeinsame Behandlung Deutschlands **nicht möglich** war. Frankreich sperrte sich wegen seines Sicherheitsbedürfnisses gegen alle Bestrebungen einer möglichen Staatsgründung in Westdeutschland, die UdSSR machte derartige Zugeständnisse davon abhängig, Reparationen aus ganz Deutschland beziehen zu können und an der Kontrolle des Ruhr-

gebiets beteiligt zu werden. Auf der **Sechs-Mächte-Konferenz von London** im Februar 1948 beharrte Paris zunächst auf der Formel „Sicherheit vor (West-)Deutschland durch wirtschaftliche und politische Schwächung (West-)Deutschlands“, beugte sich aber schließlich den angloamerikanischen Vorstellungen einer Einbeziehung ihrer Zone in die Bizone. Als Kompensation verlangten die **Franzosen** eine internationale Behörde zur **Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlproduktion**. Auch in der Folgezeit verzögerte Frankreich eine schnelle westdeutsche Staatsbildung, sodass erst am 1. Juli 1948 die drei westlichen Militärgouverneure den westdeutschen Regierungschefs die „**Frankfurter Dokumente**“, die „Geburtsurkunde der Bundesrepublik“ übergaben (M 19). Mit der **Berlin-Blockade** versuchten die Sowjets in letzter Minute, ihre offene Niederlage in der Deutschlandpolitik zu verhindern. Doch dies erwies sich als schwerer Fehler: Die Westmächte rückten nun vollends zusammen, **aus den Besatzungs- wurden Schutzmächte** und die Gründung eines fest im Westen verankerten westdeutschen Teilstaats ging seinen geplanten Gang.

Von westdeutscher Seite gab es kaum Widerspruch in dieser Phase der Entwicklung. Adenauers Ansicht wurde bestätigt, der SPD-Vorsitzende Schumacher lehnte die erzwungene Sozialisierung im Osten und eine Kooperation mit der SED kategorisch ab. Er setzte darauf, dass ein dank der Hilfe der Westmächte prosperierender Weststaat wie ein Magnet auf die ostdeutsche Bevölkerung wirken und das dortige System zum Scheitern bringen könne (M 18). Den **Bau einer Mauer** im Falle der tatsächlichen Realisierung dieser Vorstellung **konnte sich damals niemand vorstellen**.

1.4 Die Entstehung zweier deutscher Staaten

Angesichts der fortschreitenden Spaltung Deutschlands wollten die deutschen Ministerpräsidenten den Alliierten eine **gesamtdeutsche Vertretung** gegenüberstellen. Doch auch die Deutschen hatten sich voneinander entfernt. So scheiterte die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 an Verfahrensfragen, bevor sie richtig begonnen hatte. In den **Westzonen** hatten die Menschen **die Teilung Deutschlands als Realität längst akzeptiert**, dennoch versuchte die **SED**, weitergehende Schritte zu verhindern und mit der „**Volkskongressbewegung**“ zu Beginn der Londoner Außenministerkonferenz 1947 die sowjetische Deutschlandpolitik zu unterstützen (M 20). Wer sich dem scheidendemokratischen Unternehmen von 2215 Vertretern von Parteien, Massenorganisationen, Betriebsräten, Bauernschaften und Abordnungen widersetzte, wurde

kaltgestellt. Der **2. Volkskongress** trat mit der Bekanntgabe des „**Brüsseler Abkommens**“ der Westmächte zusammen, **bezeichnete sich als einzig legitime Vertretung des deutschen Volkes**, erkannte die Oder-Neiße-Grenze gegenüber Polen an, stimmte für ein Volksbegehren zur deutschen Einheit und wählte einen „**Deutschen Volksrat**“ als Exekutivorgan. Der **billigte** die von der SED ausgearbeitete Verfassung für die DDR und damit auch das **System des Demokratischen Blocks** (ab 1950 „Nationale Front“). Der 3. Volkskongress bestätigte die neue Verfassung und wählte einen „2. Deutschen Volksrat“ ohne Delegierte aus Westdeutschland. Dieser konstituierte sich am 7. Oktober zur „Provisorischen Volkskammer der DDR“. **Die ostdeutsche Staatsgründung** war nicht nur eine Reaktion auf die Gründung der Bundesrepublik (M 23); bereits 1948 hatte die SED einen 2-Jahres-Wirtschaftsplan verabschiedet und sich in die Linie der „Volksdemokratien“ gestellt. Anfang 1949 beschloss die SED, sich zu einer „Partei neuen Typs“, zu einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei zu wandeln, die sich ideologisch völlig dem sowjetrussischen Vorbild unterwarf (M 21, M 22). Die **mangelnde demokratische Legitimation des neuen Staates** wurde überspielt durch die Übertragung von Ämtern an Funktionäre der bürgerlichen Parteien bei gleichzeitiger Einbindung in den Demokratischen Block, inszenierte Massenauftritte und die Schuldzuweisung für das rasante Tempo der Staatswerdung an die Adresse des Westens.

Die anlaufende Marshallplanhilfe erforderte im Westen den Ausbau bizonaler Einrichtungen. So spiegelte der Wirtschaftsrat die politischen Kräfteverhältnisse, sodass sich zum ersten Male parteipolitische Gliederungen gegenüber den föderalen durchsetzen. Damit ähnelte er den späteren Verfassungsorganen der Bundesrepublik. In der **Londoner Sechs-Mächte-Konferenz** war Frankreich endlich bereit, einer **westdeutschen Staatsgründung** zuzustimmen. Als Ausgleich wurde das **Sargebiet in das französische Wirtschaftssystem einbezogen**. Mit den „Londoner Empfehlungen“ wurden die deutschen Ministerpräsidenten ermächtigt, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. In der **Trizone** wurden mit der **Währungsreform** (20.6.1948) und dem Abbau der Bewirtschaftungsvorschriften Weichenstellungen für das künftige Wirtschaftssystem vorgenommen, wenngleich die westdeutschen Ministerpräsidenten nur auf Druck der Alliierten die Schritte zur Bildung eines westdeutschen Staates in Angriff nahmen. Der **Parlamentarische Rat** erarbeitete vom 1.9.1948 bis zum 8.5.1949 das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland**. Die Landtage nahmen es bis auf Bayern an und

es trat am 24.5.1949 in Kraft. Am 14.8. fanden die **ersten Bundestagswahlen** statt (M 24), zum Bundespräsidenten wurde am 12.9. **Theodor Heuss**, zum Bundeskanzler am 15.9. **Konrad Adenauer**, Vorsitzender der knapp siegreichen CDU, gewählt (M 25). Im **Besatzungsstatut** erkannte die Bundesregierung am 21.9.1949 die eingeschränkte Souveränität und alliierten Vorbehaltsrechte an.

2 Didaktisch-methodische Hinweise

Die **Entstehung der beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit**, die grundlegenden Weichenstellungen für unseren heutigen Staat in der Zeit des Kalten Krieges und weltpolitische Konstellationen sind zentraler Bestandteil des Geschichts- und Politikunterrichts in allen Schulformen und -arten. Demzufolge sind Zuschnitte der Unterrichtsszenen und Herangehensweisen an die Inhalte dieser Zeitspanne vielfach differenziert. Aus der Fülle der Möglichkeiten ist im vorliegenden Fall ein Vorgehen ausgewählt worden, das das **Verhältnis der Siegermächte sowie die unterschiedlichen Interessenslagen der Deutschen in Ost und West jeweils an exemplarischen Fällen und in einem ausgewogenen Verhältnis** zueinander in den Vordergrund stellt. Zentrale Aspekte sind **wirtschaftspolitische Fragen**, das **Verhältnis höchst unterschiedlicher Parteien zueinander**, Abhängigkeiten von **externen Faktoren**, **kausale Erklärungsmuster und Entwicklungen** sowie immer wieder die **Handlungsspielräume der politischen Entscheider**. Es werden die **Interessen der Besatzungsmächte**, die **Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen**, die **Unterordnung unter Besatzungsdirektiven** und die nur **beschränkten Möglichkeiten deutscher Einflussnahme** aufgezeigt. In diesem Rahmen entwickelt sich die Spaltung Deutschlands als Ergebnis des **Zerwürfnisses der Siegermächte**, eines **beginnenden Kalten Krieges** und zugleich der **Entfremdung der Deutschen in Ost und West untereinander**. Damit prägt dieser Teil der deutschen Geschichte nicht nur unseren heutigen Staat, seine Wirtschaft und Gesellschaft, sondern steht auch für die Dynamik politischer Entwicklungen vom zeitweiligen Miteinander bis zum entschlossenen Gegeneinander in der jüngeren Weltgeschichte.

Zum allergrößten Teil bilden **Quellentexte** und zeitgenössische Bildquellen die Materiallage, auf der die Schüler sich Inhalte und Entwicklungen selbst erschließen. Vor allem die **Wahlplakate** ermöglichen eine Fokussierung auf einen herausragenden Schwerpunkt für die Erarbeitung und die Beurteilung, welche Interessen festzustellen sind und welche

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Die doppelte Staatsgründung 1945-1949

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Die doppelte Staatsgründung 1945–1949

von Ulrich Weisler



© picture-alliance.com

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs übernahmen die Alliierten die militärische Befehlsgewalt in Deutschland. Die Besatzer konnten sich aber auf den Konferenzen von Teheran und Jalta nur bedingt auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die Differenzen zwischen den westlichen Besatzern und der UdSSR traten rasch zutage.

Diesem Prozess unterzogen die Schüler in dieser Einheit mit zahlreichen Primärquellen, um zu verstehen, wie sich die Teilung Deutschlands mit der Konsolidierung der beiden Regierungen von BRD und DDR allmählich abzeichnete.

RAABE
LEHRMATERIALIEN